47. Wird der Vorschrift des §. 264 Abj. 1 St.F.D. dadurch Genüge geleistet, daß das Gericht den Angeklagten befragt, ob er Anträge zu stellen habe, wenn die ihm in dem Eröffnungsbeschlusse zur Last gelegte Handlung als ein anderes als das daselbst bezeichnete Vergehen angesehen werde?

II. Straffenat. Ur. v. 22. Juni 1880 g. G. Rep. 1478/80.

I. Landgericht Berlin I.

Aus den Gründen:

„Der von dem Beschwerdeführer erhobene prozessuale Angriff wegen Verletzung der Vorschrift des §. 264 Abs. 1 St.P.O. erscheint als zutreffend.

Der Angeklagte war durch den Eröffnungsbeschluß vom 17. Sept. 1879 nur wegen Untreue in Anklagestand versetzt, und das Sitzungsprotokoll vom 3. März 1880 läßt darüber, daß bei der Hauptverhandlung ein anderer rechtlicher Gesichtspunkt der dem Angeklagten zur Last gelegten Handlung geltend gemacht worden ist, nichts entnehmen, als daß nach den Schlußerklärungen der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten bekundet ist:

„Der Angeklagte wurde darauf aufmerksam gemacht, daß er wegen Untreue aus §. 266 St.G.B.'s unter Anklage stehe, und ob er Anträge zu stellen habe, wenn die Beschuldigung als ein anderes Vergehen angesehen werde. Der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft hatten Anträge nicht zu stellen.“

Nun ist der Angeklagte in dem angefochtenen Urteile der Untreue für nicht schuldig erklärt und wegen Unterschlagung bestraft worden, worin die Anwendung eines Strafgesetzes liegt, welches wesentlich verschieden ist von jenem, auf das der Eröffnungsbeschluß verweist. Dies konnte zufolge §. 264 Abs. 1 St.P.O. nur geschehen, „nachdem zuvor der Angeklagte auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes besonders hingewiesen und ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben worden ist.“

Die Regierungsmotive zu dem mit §. 264 Abs. 1 gleichlautenden §. 224 Abs. 1 des Entwurfes sagen: Diese Vorschrift bezwecke die Sicherung des Verteidigungsrechtes des Angeklagten gegenüber der in §. 263 St.P.O. zugelassenen Änderung oder Erweiterung der Anklage, indem die Verteidigung des Angeklagten eine andere sein könne, je nachdem die That unter das eine oder andere Strafgesetz subsumiert werde, wobei es keinen Unterschied mache, ob der neue Gesichtspunkt zu einer härteren oder milderer Beurteilung des Angeklagten führe.

Der im Sitzungsprotokolle befundene allgemeine Vorhalt kann nicht als Erfüllung der Vorschrift des §. 264 Abs. 1 St.P.O. ange-

sehen werden, indem nur die Bezeichnung des konkreten anderen rechtlichen Gesichtspunktes die Verteidigung möglich macht, während die Hereinziehung aller denkbaren Subsumtionen unter andere Strafgesetze den Angeklagten vor Überraschungen nicht schützt, was doch nach den oben mitgeteilten Motiven das Gesetz bezweckt. Wie nach §. 205 St. P. O. der Eröffnungsbeschluß die dem Angeklagten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesetzlichen Merkmale und des anzuwendenden Gesetzes bezeichnen muß, so ist im wesentlichen auch dann zu verfahren, wenn das Gericht der Vorschrift des §. 264 Abs. 1 Genüge leisten will. Die hiernach vorliegende Gesetzesverletzung ist eine solche, auf welcher das angefochtene Urteil beruht.“